

Gesetz zu dem Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen

Vom 18. Dezember 2001

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

Artikel 1

Dem am 11. Oktober 2001 für die Freie Hansestadt Bremen unterzeichneten Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Gesetz über die Sonn- und Feiertage vom 12. November 1954 (SaBremR 113-c-1), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29. November 1994 (Brem.GBl. S. 307), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 1 wird das Wort „kirchlichen“ durch das Wort „religiösen“ ersetzt.
2. Die Überschrift des II. Abschnitts wird wie folgt gefasst:

„II. Abschnitt Religiöse Feiertage“

3. § 8 wird wie folgt gefasst:

„§ 8

An den folgenden religiösen Feiertagen sind in der Nähe der gottesdienstlichen Häuser und Räume des jeweiligen Bekenntnisses alle Veranstaltungen und Handlungen zu unterlassen, durch die der Gottesdienst unmittelbar gestört wird:

- a) Am 31. Oktober – Reformationsfest – (evangelischer Feiertag);
- b) am Buß- und Betttag - (evangelischer Feiertag);
- c) am Donnerstag nach Trinitatis – Fronleichnam – (katholischer Feiertag);
- d) am 1. November – Allerheiligen – (katholischer Feiertag);
- e) Rosch Haschana (Neujahrsfest) – (jüdischer Feiertag); zwei Tage am 1. und 2. Tischri, beginnend am Vorabend;
- f) Jom Kippur (Versöhnungstag) – (jüdischer Feiertag); einen Tag am Tischri, beginnend am Vorabend;
- g) Sukkoth (Laubhüttenfest) – (jüdischer Feiertag); zwei Tage am 15. und 16. Tischri, beginnend am Vorabend;
- h) Schemini Azereth (Schlussfest) – (jüdischer Feiertag); einen Tag am 22. Tischri, beginnend am Vorabend;
- i) Simchat Thora (Fest der Gesetzesfreude) – (jüdischer Feiertag); einen Tag am 23. Tischri, beginnend am Vorabend;
- j) Pessach (Fest zum Auszug aus Ägypten)
 - aa) zwei Tage am 15. und 16. Nissan, beginnend am Vorabend;
 - bb) zwei Tage am 21. und 22. Nissan, beginnend am Vorabend – (jüdische Feiertage);

- k) Schawuoth (Wochenfest) – (jüdischer Feiertag); zwei Tage am 6. und 7. Siwan, beginnend am Vorabend.

Die Daten der jüdischen Feiertage bestimmen sich nach dem jüdischen Mondkalender unter Beachtung der allgemein geltenden Kalenderregeln; Vorabendbeginn ist jeweils 17.00 Uhr.“

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt, ist im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu geben.

Bremen, den 18. Dezember 2001

Der Senat

Vertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen

Die Freie Hansestadt Bremen,
vertreten durch den Präsidenten des Senats,
Herrn Bürgermeister Dr. Henning Scherf
und

die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -
vertreten durch die Mitglieder des geschäfts-
führenden Präsidiums

Frau Elvira Noa, Herrn Liviu Cornea und
Herrn Anatoli Rozenblit

schließen zur Regelung dauerhafter Rechtsbeziehungen folgenden Vertrag:

Präambel

Im Einklang mit der historischen, politischen und moralischen Verantwortung des deutschen Volkes für seine jüdischen Mitbürger und die jüdischen Gemeinden fühlt sich die Freie Hansestadt Bremen der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen auf besondere Weise verbunden.

Die Freie Hansestadt Bremen und die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen lassen sich beim Abschluss dieses Vertrages von dem Wunsch und dem Bedürfnis leiten, den Wiederaufbau des jüdischen Gemeindelebens in Bremen zu erleichtern und dadurch einen dauerhaften Beitrag zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen Kulturlebens zu leisten.

Artikel 1 Glaubensfreiheit

Das Land gewährt der Freiheit, den jüdischen Glauben zu bekennen und auszuüben, den gesetzlichen Schutz.

Artikel 2 Jüdische Feiertage

Folgende jüdische Feiertage sind Feiertage im Sinne der §§ 8 - 10 des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage vom 12. November 1954 (Brem.GBl. S.115):

Rosch Haschana (Neujahrsfest)
zwei Tage am 1. und 2. Tischri, beginnend am Vorabend

Jom Kippur (Versöhnungstag)
einen Tag am 10. Tischri, beginnend am Vorabend
Sukkoth (Laubhüttenfest)
zwei Tage am 15. und 16. Tischri, beginnend am Vorabend

Schemini Azereth (Schlussfest)
einen Tag am 22. Tischri, beginnend am Vorabend
Simchat Thora (Fest der Gesetzesfreude)
einen Tag am 23. Tischri, beginnend am Vorabend
Pessach (Fest zum Auszug aus Ägypten)

- a) zwei Tage am 15. und 16. Nissan, beginnend am Vorabend
- b) zwei Tage am 21. und 22. Nissan, beginnend am Vorabend

Schawuoth (Wochenfest)
zwei Tage am 6. und 7. Siwan, beginnend am Vorabend.

Die Daten der Feiertage bestimmen sich nach dem jüdischen Mondkalender unter Beachtung der allgemein geltenden Kalenderregeln und werden der Senatskanzlei zwei Jahre im Voraus mitgeteilt.

Artikel 3 Friedhöfe

(1) Das Land und die kommunalen Gebietskörperschaften werden die Unantastbarkeit der zugelassenen und nicht aufgegebenen jüdischen Begräbnisstätten beachten.

(2) Das Land gewährt jüdischen Friedhöfen im gleichen Maße staatlichen Schutz wie Friedhöfen, die sich in kommunaler oder kirchlicher Trägerschaft befinden. Die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen hat das Recht, nach Maßgabe der Gesetze neue Friedhöfe anzulegen und bestehende zu erweitern.

(3) Das Land gewährt im Rahmen der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern Zuschüsse für die Erhaltung und Pflege derjenigen jüdischen Friedhöfe oder Teile von ihnen, die nach den religiösen Vorschriften nicht mehr belegt werden können.

Artikel 4 Sozialeinrichtungen

Das Land wird sich dafür einsetzen, dass die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen mit ihren Einrichtungen im Zusammenhang mit der Erfüllung sozialer, sozialpolitischer und wohlfahrtsrechtlicher Aufgaben bei der Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen anderen freien Trägern der Wohlfahrtspflege gleichgestellt wird.

Artikel 5

Repräsentanz in gesellschaftlichen Gremien

Das Land wird sich auch weiterhin bemühen, nach Maßgabe der Gesetze eine angemessene Repräsentanz von Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen in Gremien zu gewährleisten, in denen eine gesellschaftliche Vielfalt angestrebt wird.

Artikel 6 Landesleistung

(1) Zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes und zur Aufrechterhal-

tung des jüdischen Gemeindelebens beteiligt sich das Land an den laufenden Ausgaben der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen für deren gemeindliche und kulturelle Bedürfnisse mit jährlich € 235.000.– beginnend mit dem Haushaltsjahr 2002.

(2) Die Zahlung erfolgt ausschließlich an die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen und tritt an die Stelle der bisher an die Jüdische Gemeinde in Bremen aus dem Haushalt des für die Wiedergutmachung zuständigen Senators für Arbeit erbrachten Leistungen. Die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen trägt dem Land gegenüber die Verantwortung für eine zweckentsprechende Verwendung der Landesleistung.

(3) Die Landesleistung wird mit je einem Viertel des Jahresbetrages jeweils am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November im Voraus gezahlt.

Mit dieser Zahlung sind sämtliche Fördermaßnahmen des Landes an die Jüdische Gemeinde im Lande Bremen erfasst, soweit nicht die Leistungen auf einer rechtlichen Verpflichtung beruhen.

Artikel 7

Anpassungsklausel

(1) Die Vertragschließenden sind sich bewusst, dass der Vertrag auf der Grundlage der derzeitigen Verhältnisse geschlossen wird.

(2) Im ersten Jahr einer jeden Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) wird die Angemessenheit des Betrages nach Art. 6 Abs.1 erörtert, insbesondere im Hinblick auf die Aufgabenstellung, die allgemeine Kostenentwicklung und die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen. Bei einer wesentlichen Veränderung werden sich die Vertragschließenden um eine angemessene Anpassung bemühen.

Artikel 8

Zusammenwirken

(1) Die Vertragschließenden werden regelmäßige Gespräche zur Intensivierung ihrer guten Beziehungen führen.

(2) Sie werden sich außerdem vor der Regelung von Angelegenheiten, die die beiderseitigen Interessen berühren, miteinander ins Benehmen setzen und sich jederzeit zur Besprechung solcher Fragen zur Verfügung stellen.

Artikel 9

Geltungsbereich

Die Beziehungen zwischen dem Land und der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen einschließlich Bremerhavens werden durch diesen Vertrag abschließend geregelt.

Artikel 10

Freundschaftsklausel

Die Vertragschließenden werden etwa in Zukunft auftretende Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung einer Bestimmung dieses Vertrages auf freundschaftliche Weise beseitigen.

Artikel 11**Schlussbestimmung**

(1) Dieser Vertrag bedarf der Zustimmung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) und des Präsidiums der Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen. Die Zustimmungsurkunden sollen möglichst bald ausgetauscht werden.

(2) Der Vertrag tritt am Tag nach dem Austausch der Zustimmungsurkunden in Kraft. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens wird im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt gemacht.

Für die Freie Hansestadt Bremen
(mit dem Vorbehalt gemäß Art. 11 Abs. 1)

gez.

Bürgermeister Dr. Henning Scherf
Präsident des Senats

Für das geschäftsführende Präsidium der
Jüdischen Gemeinde im Lande Bremen

gez.

Elvira Noa, Liviu Cornea, Anatoli Rozenblit

**Verordnung zur Änderung der Bremischen
Beihilfeverordnung**

Vom 18. Dezember 2001

Aufgrund § 7 des Bremischen Besoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. April 1999 (Brem.GBl. S. 55, 152, 179–2042 – a – 2), das zuletzt durch das Gesetz vom 11. Juli 2000 (Brem.GBl. S. 303) geändert worden ist, verordnet der Senat:

Artikel 1**Änderung der Bremischen Beihilfeverordnung**

Die Bremische Beihilfeverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Dezember 1997 (Brem.GBl. S. 579–2042-e-1) wird wie folgt geändert:

1. § 1a wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 Satz 2 werden die Worte „die Urschrift“ durch die Worte „das Original“ ersetzt.

b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 3 wird gestrichen.

bb) Die bisherigen Nummern 4 bis 6 werden die Nummern 3 bis 5.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Angemessenheit der Aufwendungen für ärztliche, zahnärztliche und psychotherapeutische Leistungen beurteilt sich ausschließlich nach dem Gebührenrahmen der Gebührenordnungen für Ärzte, Zahnärzte sowie für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten.“

b) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Krankenversorgung“ durch die Worte „gesetzlichen Krankenversicherung“ ersetzt.

c) Absatz 6 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „§§ 4 bis 9“ durch die Worte „§§ 4 bis 5 und §§ 7 bis 9“

und der Betrag „15 000 DM“ durch den Betrag „10 000 Euro“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird gestrichen.

d) Absatz 8 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Worten „im Einzelfalle“ die Worte „in voller Höhe“ eingefügt.

bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 30 Abs. 2 Satz 1“ durch die Angabe „§ 30 Abs. 2“ und die Zahl „60“ durch die Zahl „65“ ersetzt.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 werden die Worte „ärztliche und zahnärztliche Leistungen“ durch die Worte „ärztliche, zahnärztliche und psychotherapeutische Leistungen“ ersetzt.

bbb) In Satz 2 werden die Worte „Nummern 1 bis 5, 7 und 8“ durch die Worte „Nummern 1 bis 5 und 7“ ersetzt.

bb) In Nummer 2a wird der Betrag „50 DM“ jeweils durch den Betrag „26 Euro“ und der Betrag „17 DM“ durch den Betrag „9 Euro“ ersetzt.

cc) In Nummer 5 wird der Betrag „11 DM“ durch den Betrag „6 Euro“ und der Betrag „66 DM“ durch den Betrag „36 Euro“ ersetzt.

dd) Nummer 6 wird wie folgt geändert:

aaa) In Satz 1 wird der Betrag „6 DM“ durch den Betrag „4 Euro“ ersetzt.

bbb) In Satz 5 Buchstabe a wird das Wort „Mittel“ durch das Wort „Arzneimittel“ ersetzt und in Buchstabe g wird nach dem Wort „werden“ das Wort „und“ gestrichen und die Worte „nach dem Arzneimittelgesetz nicht anerkannte Mittel, sowie“ eingefügt.

ee) Nummer 8 wird wie folgt geändert:

aaa) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„Die Heilbehandlung muss von einem Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten, Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Krankengymnasten, Logopäden, Masseur oder Masseur und medizinischen Bademeister durchgeführt werden.“

bbb) In Satz 5 werden die Worte „im Hinweis 1 zu § 6 Abs. 1 Nr. 3“ durch die Worte „in den Hinweisen zu § 6 Abs. 1 Nr. 3 Satz 4“ ersetzt.

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Senatskom-